

**Wahlprüfsteine des Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung
zur Abgeordnetenhauswahl 2026**

1. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie kurz- und mittelfristig umsetzen, um die Nutzung des städtischen Raums klima- und ressourcenschonender und sozial gerechter zu machen?

Das BSW möchte das städtische Wohnen gerechter machen. Aufstockung von bestehenden Gebäuden und Mehrfamilien- statt Einfamilienhäuser ist ressourcen- und klimaschonend. Eine Innenhofbebauung in Großwohnsiedlungen, was insbesondere im Osten der Stadt der Fall ist, lehnen wir ab, weil diese grünen Oasen nicht nur für die Stadtnatur und das Klima, sondern auch für die Anwohner in den Plattenbauten ringsum wichtig ist.

2. Werden Sie dafür sorgen, da ungenutzte gewerbliche Gebäude und Büros zu Wohnraum umgenutzt oder als soziale Infrastruktur bzw. für gemeinwohlorientierte Nutzungen aktiviert werden? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen? Wenn nein, warum nicht?

Ungenutzte Büroflächen wollen wir zu bezahlbaren Wohnungen umbauen.

3. Werden Sie dafür sorgen, dass Erhalt und Bestandsertüchtigung eines Gebäudes immer die erste Wahl sein wird, ausnahmslos bewertet und transparent gegen die Variante Abriß plus Neubau abgewogen wird und daß außerdem die Kosten sowie Öko- und Rohstoffbilanz eines Abrisses in die Gesamtbilanz einbezogen werden? Wie ist diesbezüglich Ihre Haltung zu Jahnstadion und Sport- und Erholungszentrum (SEZ)?

Das BSW setzt zuallererst auf den Erhalt der vorhandenen Struktur. Das ist beim Jahnstadion das Gleiche wie beim SEZ, dem Sportlerhotel in der Konrad-Wolf-Straße und den Arbeiterwohnheimen in der Gehrenseestraße. Ein Abriss soll nur dann stattfinden, wenn es nachhaltig im Sinne der Agenda 21 ist, neu zu bauen. Das bedeutet: Es ist wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer.

4. Wie werden Sie dafür sorgen, daß im geförderten Wohnungsbau die Sozialbindung nicht mehr ausläuft? Wenn nicht, warum nicht?

Wir brauchen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. Dabei unterstützen wir den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“. Mit Immobilien darf aus unserer Sicht nicht spekuliert werden.

5. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die Wohnraumversorgung für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen gerechter gestalten? Welche Maßnahmen werden Sie kurzfristig umsetzen?

Das BSW will sich für einen bundesweiten Mietendeckel einsetzen. Eine Mietpreisbremse funktioniert nicht und treibt die Preise ebenso in die Höhe. Zusätzlich wollen wir Immobilien aus der Spekulation nehmen.

6. Werden Sie das BäumePlus-Gesetz (Klimaanpassungsgesetz) umsetzen? Wie sehen Sie die inhaltliche und zeitliche Abfolge bei der Umsetzung vor? Wieviel Geld werden Sie dafür im Haushalt einstellen?

Wir halten den Ansatz des Klimaanpassungsgesetzes zwar für sinnvoll, teilen aber nicht alle Ziele. Es wird bspw. in einer Großstadt nicht möglich sein, dass Grünflächen mit einem Gesamtumfang von mehr als einem Hektar in einer fußläufigen Entfernung von höchstens 500 Metern für alle Einwohner erreichbar sind. Hier muss mit Vernunft und Augenmaß vorgegangen werden.

7. Wie werden Sie sicherstellen, daß Freiflächen-, Natur- und Artenschutzbelange als zu erhaltender Ausgangspunkt von Planungen gelten und das Fällen von gesunden Bäumen unterbleibt? Wenn nicht, mit welcher Begründung?

Das BSW hält die Regelungen des Naturschutzgesetzes für ausreichend, insbesondere auch, was Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen angeht. Potential haben die Flächennutzungspläne. Hier muss ebenfalls mit Vernunft und Augenmaß vorgegangen werden, was Bauvorhaben und Flächenumwidmungen angeht.

8. Werden Sie dafür sorgen, daß jeder ggfs. dennoch gefällte Baum durch Nachpflanzung in der nahen Umgebung adäquat ersetzt wird? In welcher Entfernung? Was sehen Sie als adäquate Kompensationspflanzung an? Wenn nicht, warum nicht?

Pauschale Forderungen halten wir für wenig sinnvoll. Bäume können auch durch andere klimaeffiziente Maßnahmen wie Heckenpflanzung, Entsiegelung o.ä. erreicht werden.

9. Wie werden Sie sicherstellen, daß der Artenschutz im Siedlungsgebiet, z. B. auch bei Bauvorhaben, gewährleistet wird? Werden Sie sich beispielsweise dafür einsetzen, den Artenschutz bei Bauvorhaben durch verpflichtende unabhängige Gutachten und Kontrollen sicherzustellen? Wenn nein, warum nicht?

Artenschutz ist und bleibt wichtig. Auch bei beschleunigten Genehmigungsverfahren muss nicht nur der Artenschutz, sondern auch eine angemessene Beteiligung der Wohnbevölkerung eingeplant werden.

10. Wie stehen Sie zu der Nachrangigkeit des Artenschutzes in den neuen Beschleunigungsgesetzen (Schneller-Bauen-Gesetz und Wohnungsbau-Turbo)?

s. Antwort auf Frage 9

11. Grün- und Freiflächen sind angesichts der absehbar fortschreitenden Erderhitzung von besonderer Notwendigkeit für den Wasserhaushalt und zur Kühlung. Welchen Rang hat für Sie in dieser Hinsicht die Sicherung von unversiegelten Freiflächen in Relation zu Neubau (ggfs. für unterschiedliche Zwecke)?

Unversiegelte Freiflächen halten wir für ganz bedeutend. Und s. Antwort auf Frage 1.

12. In Berlin besteht ein Defizit an wohnungsnahen Grünanlagen, Sport- und Spielplatzflächen.

So gibt es nur 0.59 m² Spielfläche je Einwohnenden. Das Soll liegt laut Berliner Kinderspielplatzgesetz jedoch bei 1 m². Auch bei Sportflächen und öffentlichen Grünanlagen

besteht quantitativ Unterversorgung.

Werden Sie insofern dafür sorgen, daß bei Neubauvorhaben in bestehenden Wohnanlagen Grünflächen und Spielplätze in vollem Umfang erhalten bleiben und die zusätzlich entstehenden Bedarfe gedeckt werden?

Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um dem Soll an Sportflächen und wohnungsnahen öffentlichen Grünanlagen quantitativ näher zu kommen, bestenfalls es zu erreichen?

Ja, das BSW möchte diese für die Menschen wichtigen Ausgleichs- und Begegnungsorte erhalten. Außerdem s. Antwort auf Frage 1.

13. Wie werden die Befunde der Integrierten Mehrfachbelastungskarte – Berliner Umweltgerechtigkeitskarte nach Ihrer Vorstellung in der raumbezogenen Planung und ihrer Umsetzung konkret wirksam?

s. Antwort auf Frage 1

14. Berlin ist eine große Stadt. Die Bezirke unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Die jeweiligen Gegebenheiten und Bedarfe sind vor Ort am besten bekannt. Gleichzeitig neigt der Senat dazu, immer mehr Entscheidungen an sich zu ziehen, die Bezirke zu entmachten und dabei die lokalen Gegebenheiten zu ignorieren - insbesondere bei der raumbezogenen Planung z. B. bei Neubau, Nachverdichtung.

Wie werden Sie dafür sorgen, daß die Entscheidungsbefugnisse bei den Bezirken bleiben bzw. zurückgegeben werden? Wenn nicht, warum nicht?

Das BSW setzt sich für starke Bezirke mit großzügigen Entscheidungsbefugnissen ein. Dafür müssen die Bezirke allerdings auch angemessen vom Senat ausgestattet werden.

15. Wie bewerten Sie die Änderungen am Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), die im April 2026 vorgenommen wurden? Werden Sie die Änderungen zurücknehmen? Werden Sie, wie ursprünglich geplant, ein Transparenzgesetz einführen? Wenn nicht, warum nicht?

Das BSW setzt sich für Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung ein. Außerdem treten wir für Meinungsfreiheit ein. Eine Meinung kann sich nur durch ausreichende Information bilden. Eine Einschränkung der Informationsfreiheit - wie im Frühjahr 2026 durch CDU und SPD geschehen, lehnen wir ab.

16. Wie werden Sie sich für Transparenz und ergebnisoffene Mitbestimmung und Mitentscheidung auf Augenhöhe durch die Zivilgesellschaft in Planungsverfahren einsetzen? Wenn nicht, warum nicht?

Das BSW möchte betroffene Bürger und Initiativen frühzeitig in Planungsverfahren einbeziehen. Dafür ist es notwendig, dass Planungsvorhaben ergebnisoffen in Beteiligungsrunden diskutiert werden.